	II. Im Bau.					
Kamerun	—	160	— 160	—	160	— 160
Togo	—	66	— 66	—	—	— —
Südwestafrika	—	—	— —	91	—	80 171
Ostafrika	—	188	— 188	—	19	— 19
Summe	—	414	— 414	91	179	80 350

Aufgenommen sind nur die dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnen.

Von den schon vor 1907 begonnenen Bauten sind im Berichtsjahre und im laufenden Jahre 1907 vollendet worden: in Togo die Linie Lome—Palime, deren letzte 66 Kilometer im Januar v. J. eröffnet wurden, und in Ostafrika die Linie Daressalam—Morogoro, die jetzt, nach der kürzlichen Gesamteröffnung, 209 Kilometer Betriebsstrecke (gegen 21 Kilometer vor Jahresfrist) aufweist.

An neuen Bauten sind im Jahre 1907 unternommen worden: die kapspurige Bahn (106⅔ Zentimeter) Aus—Keetmanshoop, von der schon 148 Kilometer eröffnet und noch etwa 80 Kilometer zu bauen sind; die feldspurige (60 Zentimeter) Linie Otavi—Grootfontein, die etwa 91 Kilometer lang und in Kürze fertig sein wird, sowie die meterspurige, 19 Kilometer lange Fortsetzung der Usambarabahn über Mombo hinaus bis Mkumbara, die vor einigen Monaten begonnen ist. Der erste Bau ist staatlich, die beiden anderen Bauten sind private Unternehmungen.

Die Betriebslänge der Bahnen ist von 1850 auf 1752 Kilom., also um 402 Kilom. oder 29 pCt. gestiegen, die Bau- und Betriebslängen zusammen sind von 1764 auf 2102 Kilom., also um 338 Kilom. oder 18½ pCt. gewachsen.

Die Betriebsergebnisse der Usambarabahn und der Tanga-Inlandbahn verdienen noch besondere Hervorhebung. Nach dem Jahresbericht für Ostafrika*) ergibt sich bezüglich der Usambarabahn folgendes:

Usambarabahn: Geleistete Tonnenkilometer:	
1904	336 322
1905	329 449
1906	472 888
Geleistete Personenkilometer:	
1904	5 466 234
1905	4 501 415
1906	6 467 013
Betriebseinnahmen:	
1904	169 118 ℳ
1905	185 823 „
1906	245 821 „

Bemerkenswert sind auch die Betriebsergebnisse auf der neu eröffneten Tonga-Inlandbahn Lome—Palime, wo die monatliche Güterbeförderung von 499 To. im Monat Februar 1907 auf 1289 To. im Monat September 1907, die Zahl der im Monat geleisteten Tonnenkilometer von 35 502 auf 73 583 im gleichen Zeitraume Februar 1907 bis September 1907 rasch und anhaltend gestiegen ist. Im ganzen wurden in den Monaten Februar bis September 28 800 Personen und 6128 To. Güter befördert, 444 924 Tonnenkilom. und 1 958 020 Personenkilom. in diesen 8 Monaten auf der neuen Bahn geleistet.

Die Finanzlage der Schutzgebiete hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt günstiger gestaltet.

Im Rechnungsjahre 1905, für welches — abgesehen von Südwestafrika — nunmehr die endgültigen Ergebnisse vorliegen, haben die eigenen Einnahmen der Schutzgebiete mit insgesamt 13 976 000 ℳ die Etatsansätze um 10 614 000 ℳ um rund 33⅓ pCt. überstiegen. Für das Rechnungsjahr 1906 darf gegenüber dem Etatsansatz von zusammen 11 639 658 ℳ sogar eine Einnahme von 17 078 000 ℳ, d. h. eine Steigerung von nahezu 50 pCt., erwartet werden. Demgemäß haben die bereits für 1907 auf 14 321 000 ℳ veranschlagten eigenen Einnahmen für 1908 unbedenklich auf 17 725 000 ℳ erhöht werden können.

Die durch die Aufwendungen infolge der Unruhen im ost- und im südwestafrikanischen Schutzgebiet von 1904 bis 1906 erheblich gestiegenen Ausgaben haben nach der Niederwerfung der Aufstände und der wieder eingetretenen Beruhigung dieser Schutzgebiete für 1907 und 1908 ganz beträchtliche Herabsetzungen erfahren können.

*) Vergl. hierzu auch die näheren und zum Teil etwas abweichenden Angaben im Deutschen Kolonialblatt vom 1. November 1907.

Das Wirken der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer.

Wie schon gestern mitgeteilt, hat der Reichskanzler Fürst von Bülow dem Reichstage soeben einen Bericht über die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907 vorgelegt. Wir entnehmen diesem die folgenden Mitteilungen:

Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer hat in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 5657 schriftliche und 1803 mündliche, im ganzen also 7460 Auskünfte erteilt, während vom 1. Oktober 1905 bis 30. September 1906 3180 Auskünfte (2496 schriftliche und 684 mündliche), vom 1. Oktober 1904 bis 30. September 1905 2663 (2061 schriftliche und 602 mündliche) erteilt wurden. Die Tätigkeit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer hat somit im Berichtsjahre eine bedeutende Steigerung erfahren: im Vergleich mit dem Vorjahr ist die Gesamtzahl der Anfragen um 134,9 v. H. gewachsen, und die schriftlichen haben sich um 126,6 v. H., die mündlichen um 163,5 v. H. vermehrt. Diese erhebliche Zunahme darf als Beweis dafür betrachtet werden, daß es der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in steigendem Maße gelungen ist, das Vertrauen der Auswanderungslustigen zu gewinnen und sie von der Sachlichkeit und Zuverlässigkeit der Auskünfte der Stelle zu überzeugen.

Obwohl die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer erst vor fünf Jahren geschaffen wurde und noch keineswegs allgemein bekannt ist, kann ihre Tätigkeit doch schon mit der bereits 1886 errichteten englischen Emigrant's Information Office in Parallele gestellt werden. Im Berichtsjahre war das Verhältnis der Anfragen zu der Auswanderung bei der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer sogar ein günstigeres als bei der englischen Zentralstelle für Auskunftserteilung. Im Jahre 1906 wanderten aus Großbritannien und Irland 194 671 Personen aus und die Zahl der an die Emigrant's Information Office gerichteten Anfragen belief sich auf 18 355 (15 093 schriftliche und 3262 mündliche), während in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 aus Deutschland 30 442 Personen auswanderten und 7460 Anfragen bei der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer eingingen. Auf 1000 Auswanderer entfallen danach in England 94, in Deutschland 245 Anfragen.

Angaben über ihren Familienstand wurden von 4462 Anfragenden gemacht. Von diesen waren ledig 2921, verheiratet 1521, verwitwet 20. Aus den Altersangaben, die in 4173 Fällen vorliegen, ergibt sich, daß unter den Auskunft Begehrenden die Altersklasse von 20 bis 30 Jahren weitaus am stärksten vertreten ist, da ihr von den erwähnten 4173 Anfragen nicht weniger als 2558 oder 61,3 v. H. angehörten. An zweiter Stelle folgt die Altersklasse von 30 bis 40 Jahren, die mit 902 Anfragen beteiligt ist, während für die höheren Altersklassen die Ziffern rasch abnehmen. Im Alter von 40 bis 50 Jahren standen von den 4173 Anfragenden nur 243, und über 50 Jahre waren nur 57 alt, während die Auswanderungslustigen im Alter von 16 bis 20 Jahren wiederum stärker — mit 414 — vertreten sind. Das Uebergewicht der jüngeren Altersklassen tritt somit deutlich hervor, da von 4173 Anfragenden nicht weniger als 3874 oder 92,8 v. H. im Alter von 16 bis 40 Jahren standen. Auch in 3367 Fällen, in denen bestimmte Angaben über das Alter nicht gemacht wurden, ließ sich häufig aus den sonstigen Mitteilungen entnehmen, daß die Anfragenden den jüngeren Altersklassen angehörten.

Dem Berufe nach standen unter den Auskunft Begehrenden die Kaufleute mit 1595 (gegen 619 im Vorjahre) und die Landwirte mit 1423 (537) voran. Dann folgten die Handwerker mit 1235 (473), die Ingenieure, Techniker und Architekten mit 380 (180), die Arbeiter mit 157 (95), die Lehrer mit 63 (24), die Aerzte mit 32 (10). Auf verschiedene Berufszweige (Offiziere, Beamte, Studenten, Künstler, Rentner usw.) entfielen 769 (323). Von Frauen und Mädchen wurden 407 Anfragen (gegen 147 im Vorjahre) gestellt. Am stärksten waren unter den Anfragenden die Lehrerinnen und Erzieherinnen, Haushälterinnen und Dienstboten vertreten. In 1375 Fällen fehlten Angaben über den Beruf.

Im Berichtsjahre sind zum ersten Male — seit dem 1. Januar 1907 — statistische Aufzeichnungen über die den Auswanderungslustigen zur Verfügung stehenden Mittel gemacht. Nach den für den Zeitraum vom 1. Januar 1907 bis 30. September 1907 in 2051 Fällen gemachten Mitteilungen schwankten die verfügbaren Mittel der Anfragenden zwischen Beträgen von weniger als 1000 ℳ und 500 000 ℳ. Weniger als 1000 ℳ besaßen 185, 1000 bis 3000 ℳ: 343, 3000 bis 5000 ℳ: 198, 5000 bis 10 000 ℳ: 248, 10 000 bis 20 000 ℳ: 243, 20 000 bis 30 000 ℳ: 136, 30 000 bis 50 000 ℳ: 75, 50 000 bis 100 000 ℳ: 45, 100 000 bis 150 000 ℳ: 8, 150 000 bis 200 000 ℳ: 2, 250 000 ℳ: 1, 400 000 ℳ: 1, 500 000 ℳ: 1. 21 Anfragende bezogen Pensionen (im Betrage von 600 bis 4000 ℳ jährlich). In 102 Fällen wurde von den Auskunft Begehrenden das Vorhandensein von Mitteln ohne nähere Angabe erwähnt, in 6 wurden diese als größer, in 94 als gering bezeichnet. Mittellos waren 330. 1575 Personen beabsichtigten in den deutschen Kolonien oder im Auslande Stellung anzunehmen oder hatten solche bereits erhalten.

Wie früher, bezogen sich zahlreiche Anfragen auf Familien und Gruppen von Personen. Nimmt man an, daß jede im Namen von mehreren Personen oder Familien ohne Angabe der Kopfzahl verlangte Auskunft nur für 3 Personen bestimmt war, so ergibt sich aus den statistischen Aufzeichnungen, daß die im Berichtsjahre erteilten Auskünfte für mehr als 14 000 Personen unmittelbar bestimmt waren. Wie weit sich die aufklärende Wirkung der Auskunftserteilung der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer tatsächlich erstreckt, läßt sich danach nur annähernd ermessen; da aber nach den Wahrnehmungen der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer die Kenntnis der erteilten Auskünfte fast niemals auf die unmittelbar Beteiligten beschränkt bleibt, sondern sich auf einen bald mehr bald weniger großen Personenkreis erstreckt, so erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß die Mitteilungen und Ratschläge der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer im Berichtsjahre ungefähr 40 000 bis 50 000 Personen zugänglich gemacht worden sind.

Noch erheblicher als die Zahl der auskunftsbegehrenden Personen ist die der Anfragen über die verschiedenen Auswanderungsgebiete gewachsen, da diese von 4788 im Vorjahre auf 13 340, d. h. um 183,6 v. H. gestiegen sind. Die stärkste Zunahme haben hierbei die deutschen Kolonien zu verzeichnen, auf die sich im Berichtsjahre 10 506 Anfragen (gegen 2979 im Vorjahre) bezogen. Das bedeutet eine Vermehrung um nicht weniger als 253 v. H., die deutlich erkennen läßt, in welch hohem Grade sich das Interesse der Auswanderungslustigen den Kolonien zugewendet hat.

An erster Stelle stand unter den deutschen Schutzgebieten Deutsch-Südwestafrika mit 4286 Anfragen (gegen 1005 im Vorjahre). Soweit es sich nach den gemachten Angaben — für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis 30. September 1907 feststellen ließ, verfügten von den Anfragenden 405 über die zur Kleinsiedelung und 261 über die zum Farmbetrieb erforderlichen Mittel. Von den letzteren besaßen 34 mehr als 50 000 ℳ, 8 mehr als 100 000 ℳ. Frühere Angehörige der Schutztruppe, die nach Deutsch-Südwestafrika zurückkehren und sich dort niederlassen wollten, wurden von der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in verschiedenen Fällen an das Zentralbilfskomitee für Deutsch-Südwestafrika verwiesen, das ihnen die Mittel zur Reise gewährte, wenn sie gegründete Aussicht hatten, in der Kolonie ihr Fortkommen zu finden.

Auf Deutsch-Ostafrika bezogen sich 1815 Anfragen (517). Während in früheren Jahren die Mehrzahl der über dieses Schutzgebiet Auskunft Verlangenden mittellos war, befanden sich im Berichtsjahre unter den Anfragenden nicht wenige, die über die Mittel zur Ansiedelung verfügen konnten, und einzelnen standen erheblich größere Kapitalien zu Gebote. Soweit es nach den vorliegenden Angaben zu ermitteln war, verfügten 201 Personen über die zur Gründung eines landwirtschaftlichen Unternehmens notwendigen Mittel, d. h. über mindestens 10 000 ℳ, 18 besaßen mehr als 50 000 ℳ, 6 mehr als 100 000 ℳ, 1 300 000 ℳ, 1 400 000 ℳ und 1 500 000 ℳ. Auf Kamerun bezogen sich 795 Anfragen (gegen 137 im Vorjahre), auf Togo 698 (115), auf Samoa 461 (97), auf die Karolinen, Palau und Marianen 399 (67), auf Deutsch-Neuguinea 351 (47) usw. Ueber die deutschen Kolonien im allgemeinen wurde in 1595 (910) Fällen Auskunft verlangt.

Unter den fremden Auswanderungsgebieten stand im Berichtsjahre nicht wie bisher Südbrasilien, sondern Argentinien mit 645 Anfragen (gegen 255 im Vorjahre) voran. Dann folgen Südbrasilien mit 492 (299) und an dritter Stelle die Vereinigten Staaten von Amerika mit 324 (227). Es ist für die Anfragen über die Vereinigten Staaten von Amerika charakteristisch, daß sie zum größten Teil von Personen Ostelbischer Provinzen, die vielfach bereits zur Auswanderung veranlaßt werden, und daß sie sich viel seltener auf die Aussichten und Erwerbsmöglichkeiten als auf die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung, die Reisekosten, den Reiseweg usw. beziehen. Canada betrafen 201 Anfragen (gegen 108 im Vorjahre), Chile 137 (53), Paraguay 113 (37), Mexiko 75 (31), Mittelbrasilien 42 (17), Bolivien 29 (4), Peru 28 (6), Uruguay 23 (10) usw. Auf Südamerika im allgemeinen bezogen sich 81 (53) Anfragen. In 35 Fällen (20) wurde Auskunft über Britisch-Südafrika, in 16 (11) über Aegypten, in 7 (5) über Abessinien, in 6 (2) über Marokko verlangt usw. Auf China bezogen sich 17 (11), auf Japan 13 (11), auf Australien 84 (34) Anfragen, auf Australien 66 (30), auf Neuseeland 10 (6) usw., auf das europäische Ausland 51 (34).

Was die Herkunft der Anfragen betrifft, so stand Preußen mit 4544 (gegen 1897 im Vorjahre) an der Spitze. Von diesen entfielen auf die Provinz Brandenburg 971 (603 schriftliche und 1368 mündliche) gegen 359 im Vorjahre; auf Ostpreußen 256 (schriftliche und 603 mündliche). Es folgten die Rheinprovinz mit 418 (217), Schlesien mit 367 (131), Sachsen mit 282 (116), Hessen-Nassau mit 242 (86), Westfalen 204 (96) usw. An letzter Stelle standen unter den preußischen Provinzen Schleswig-Holstein mit 163 (61) und Hohenzollern mit 119 (45). Nach Preußen folgten das Königreich Sachsen mit 721 Anfragen (gegen 284 im Vorjahre), Bayern mit 605 (284), Baden mit 254 (105), Württemberg mit 218 (100), Hamburg mit 178 (60), Hessen mit 120 (32) usw. — Bemerkenswert erscheint die im Vergleich mit den früheren Jahren erheblich stärkere Beteiligung der preußischen Provinzen außer Brandenburg und den Bundesstaaten außer Preußen an der mündlichen Auskunftserteilung. Während im Vorjahre von 684 mündlichen Anfragen 603 auf die Provinz Brandenburg, aber nur 39 auf die übrigen preußischen Provinzen und 26 auf die Bundesstaaten außer Preußen, 4 auf die deutschen Kolonien und 12 auf das Ausland entfielen, kamen im Berichtsjahre von den in Preußen anläßlich Auskunftsbegehrens 1368 auf den Provinz Brandenburg, 263 auf die anderen preußischen Provinzen, 163 auf den übrigen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen, 9 auf den deutschen Kolonien und 40 auf dem Auslande. In vielen Fällen kamen die Anfragenden auch aus weiter entfernten Orten, wie Hamburg, Kiel, Breslau, Stettin usw., aus Berlin, von der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer einzuholen oder sich die bereits schriftlich erteilte Auskunft mündlich vervollständigen zu lassen. Die 317 (197) Anfragen aus dem Auslande rührten meist von Reichsangehörigen her. Die 40 aus Rußland eingegangenen wurden, wie im Vorjahre, zum größten Teil von deutsch-russischen Landwirten gestellt und bezogen sich der Mehrzahl nach auf Deutsch-Ostafrika oder Deutsch-Südwestafrika.

Bei der Beantwortung der schriftlichen und mündlichen Anfragen wurde als seitender Grundsatz festgehalten, die Auskunftserteilung möglichst individuell zu gestalten und alle gestellten Fragen tunlichst ausführlich zu beantworten. In nicht seltenen Fällen wurde die Auskunft von Angehörigen im Auslande oder in den Kolonien von der Auskunft der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer abhängig gemacht, und verschiedentlich hatte die rechtzeitige Inanspruchnahme der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer zur Folge, daß die Anfragenden günstigere Bedingungen erhielten oder vor Nachteilen bewahrt blieben, die ihnen sonst erwachsen, die Gültigkeit der Verträge im Auslande gefährdenden Mängeln erwachsen konnten. Kaufleute und Landwirte, die Stellungen in den deutschen Schutzgebieten zu erlangen wünschten, wurden auf das Bezziehung der in den Kolonien tätigen Gesellschaften, Handelshäuser usw. im Kolonialhandelsadreßbuch hingewiesen, soweit eine Nachbestimmung der hierfindenden Gesellschaften usw. bei der Auskunftserteilung nicht tunlich erschien.

Aus Reich und Provinz.

* **Barby a. E.**, 1. Februar. Amtsrat v. Dietze, bei dem Seine Majestät der Kaiser sowohl wie der Kronprinz mehrfach zu Besuch gewellt haben, wurde, wie die Post hört, von einem schweren Schicksalsschlage betroffen. Sein einziger Sohn, der Rittmeister Konstantin v. Dietze, ist ihm nach längerem Krankenlager durch den Tod entrissen worden. Amtsrat v. Dietze vollendet am 5. d. M. sein 84. Lebensjahr.

* **Kiel**, 1. Februar. Der Kirchenpropst Dr. Becker ist, wie die Kieler Zeitung meldet, heute nachmittag 2 Uhr gestorben.

* **Dresden**, Gute Januar. In dem Befinden des schwer erkrankten Kultusministers a. D. v. Schlieben, der sich noch immer auf seinem Besitztum, dem Rittergut Laubenheim in der Oberlausitz, aufhält, ist seit einigen Tagen eine ernste Wendung eingetreten, die Schlimmes befürchten läßt. Die Pflege des Kranken, der schon seit einer längeren Reihe von Jahren Witwer ist, ruht in der Hauptsache in den Händen seiner Schwester, der Stiftsdame Freiin Marie v. Schlieben vom Stift Joachimstein bei Ostritz.

* **Kassel**, 30. Januar. Der neue Polizeikostengesetzentwurf sah ursprünglich eine Abfindung in Höhe von 2725 000 ℳ an die Stadt Kassel vor. Hiergegen erhob der Magistrat Einspruch mit der Begründung, daß unter den obwaltenden besonderen Umständen zwischen der vormals kurhessischen Staatsregierung und der Stadt Kassel aus dem Jahre 1866 bestehende Abmachungen, wenn sie nicht eingehalten würden, mit der Stadtverwaltung abermals in Unterhandlungen trat, die zu einem Abkommen führten, daß die Abfindungssumme auf 4 Mill. Mark erhöht würde, wenn die städtischen Körperschaften sich für Ablösung der jetzigen Polizeikostenverteilung aussprechen sollten. In einer gestern abend abgehaltenen vertraulichen Sitzung der städtischen Körperschaften wurde mit kleiner Mehrheit beschlossen, gegen eine Abfindung von 4 Mill. Mark sich mit der Ablösung der jetzigen Polizeikostenverteilung einverstanden zu erklären, durch die die Stadt Kassel erheblich belastet wird.

Heer und Flotte.

* **Deutsche Schiffsbewegungen.** Meldungen bis 31. Januar 1908 Mittags.

Ostasiatische Station:

S. M. großer Kreuzer Fürst Bismarck von Bangkok am 28. Januar nach Singapore.
„ „ kleiner „ Leipzig . . . am 30. Dezember in Schanghai.
„ „ „ Niobe . . . . von Bangkok am 28. Januar nach Singapore.
„ „ „ Arcona . . . von dem Yang-tse am 28. Januar nach Schanghai.
„ „ Kanonenboot Iltis . am 8. Januar in Tsingtau.
„ „ „ Jaguar . . am 11. Dezember in Hankau.
„ „ „ Luchs . . . von Bangkok am 28. Januar nach Saigon.
„ „ „ Tiger . . . von Amoy am 30. Januar nach Hongkong.
„ „ Flußkanonenboot Tsingtau . am 21. Januar in Kanton.
„ „ „ Vaterland . am 19. Dezember in Tschungking.
„ „ „ Vorwärts . am 8. Dezember in Tschungking.
„ „ Torpedoboot S 90 . . . . von Schanghai am 31. Januar nach Tschingkiang.
„ „ „ Luchs . . . am 7. Dezember in Tsingtau.

Australische Station:

S. M. kleiner Kreuzer Condor . . . am 16. Januar in Herbertshöhe.
„ „ Vermessungsschiff Planet . . . nach dem Vermessungsgebiet bei Matupi.

Ostafrikanische Station:

S. M. kleiner Kreuzer Seeadler . . von Daressalam am 29. Januar nach Bathokomea Diaz.
„ „ „ Bussard . am 8. Januar in Daressalam.

Westafrikanische Station:

S. M. kleiner Kreuzer Sperber . . am 23. Januar in Duala.
S. M. Kanonenboot Panther . . . von Mossamedes am 28. Januar nach Swakopmund.

Amerikanische Station:

„ „ kleiner Kreuzer Stettin . . . von Rio de Janeiro am 22. Januar nach Port of Spain.

Mittelmeer-Station:

S. M. Stationsschiff Loreley . . . am 19. Januar in Konstantinopel.

Schulschiffe:

S. M. Schulschiff Charlotte . . . . von Charleston am 28. Januar nach Bermudas.
„ „ „ Freya . . . . . am 22. Januar in Barcelona.
„ „ „ Moltke . . . . . von Havana am 28. Januar nach Bermudas.
„ „ „ Stein . . . . . am 19. Januar in Palermo.

Ablösungstransporte:

Dampfer Gneisenau . . . . . von Port Said am 29. Januar nach Neapel (Heimreise).
„ Hohenstaufen . . . . . von Port Said am 26. Januar nach Genua (Ausreise).
„ Silvia . . . . . von Suez am 28. Januar ab (Ausreise).

Gerichtshalle.

th. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I stand gestern wegen versuchten Betruges, Beamtenbestechung und schwerer Urkundenfälschung der wiederholt vorbestrafte Händler Albert Schmidt, während der Polizeiassistent Max Krüger wegen Beihilfe zum Betruge, Urkundenfälschung im Amte und passiver Bestechung angeklagt war. Schmidt ist eine auf Rennbahnen bekannte Persönlichkeit und ist u. a. auch schon wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels vorbestraft. Er spielt den Vermittler zwischen den Wettlustigen und den Buchmachern. Zu diesen zählt auch ein Wortführer M. Durch einen Zigarrenhändler in der Kellnerstraße wurde Schmidt auch mit Krüger bekannt, der auf dem Postamt in der Lichtenbergerstraße angestellt war. Krüger, der 22 Jahre in Postdiensten steht, und dem von seinen Vorgesetzten ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, wurde von Schmidt, ebenfalls zu wetten, und gerät bald mit ihm in dessen Schulden. Die Betrugssache ist mit dem Postbeamten veranlaßte Schmidt zu einem Plan, mit dem er einen großen Zug zu machen gedachte. Ein gewisser Kerpel, mit dem S. näher bekannt war, gab ihm den Auftrag, für Sonntag, den 23. Juli, eine größere Wette auf französische Pferde bei dem Wortführer M. anzulegen. Schmidt zog Krüger ins Vertrauen und bändigte ihm ein Exemplar eines Kuvert auf, und veranlaßte ihn, dieses mit dem Aufgabestempel des Postamts 18 in der Weise zu versehen, daß es den Anschein hatte, als sei der Brief schon vor 1 Uhr Mittags zur Post gegeben. Krüger versah das Kuvert mit dem Aufgabestempel „1 bis 2 Uhr Nachmittags". Dieses Kuvert behielt er so lange, bis ihm telephonisch die Namen der Rennpferde mitgeteilt waren, die auf der Rennbahn in Frankreich den Sieg davongetragen hatten. Schmidt schrieb nun die siegenden Pferde auf den für M. bestimmten Wettzettel und übergab ihn in dem schon vorher abgestempelten Kuvert dem Krüger. Dieser schmuggelte den Brief unter die Postsachen, daß er am folgenden morgen in die Hände des Empfängers gelange. Dieser schöpfte Verdacht, da sämtliche siegenden Pferde gewettet waren. Nach dem Poststempel hätte war der Brief schon lange Zeit vorher zur Post gegeben sein müssen, ehe das Resultat der französischen Rennen in Berlin bekannt geworden war. Die abgeschlossenen Wetten hätten bei rechtzeitiger Aufgabe einen Gewinn von 600 ℳ gebracht. M. wendete sich sofort an den Postdirektor Hillebusch, der auf dem Postamte feststellte, daß Krüger, wie von einem anderen Postbeamten beobachtet worden war, den Brief erst gegen 3 Uhr unter die Postsachen geschmuggelt hatte. Am nächsten Tage erschien auch der wettende Kerpel bei ihm und bat ihn, doch aus der Sache nichts zu machen. Krüger legte sofort ein Geständnis ab, in dem er sich damit entschuldigte, Schmidt habe ihn verleitet. Vor Gericht widerrief Krüger seine Geständnis und behauptete, er habe von der betrügerischen Manipulation, die S. mit dem Briefe vornehmen wollte, keine Kenntnis gehabt. Staatsanwalt Maschner beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen äußerst raffinierten Schwindel handle, gegen Krüger eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren, gegen Schmidt als den Anstifter 2½ Jahre Gefängnis. Die R.-A. Ludw. Chodzinski und Meyer I hielten aus juristischen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung von der Anklage der Urkundenfälschung für geboten. Das Gericht nahm indessen an, daß der Angeklagte einer fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne des § 349 St.-G.-B. vorliege. Die Strafkammer erklärte sich deshalb für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht. Zugleich wurde Schmidt wegen Fluchtverdachts in Haft genommen.

th. **Strafprozesse gegen Anarchisten** beschäftigten in schneller Folge die Strafkammern. Gestern hatte sich der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Zeitschrift Revolutionär, Schmidt-Stolpen Schönemann wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Anregung zum Klassenkampf, Beleidigung der Berliner Kriminalpolizei zu vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Unter Anklage gestellt waren drei Artikel unter der Ueberschrift Antimilitaristisches, Parasiten und Syndikalismus und Anarchismus und eine Broschüre Gläßter aus der Geschichte des spanischen Proletariats. Der Inhalt dieser Artikel enthält nach der Ansicht des Staatsanwalts Dr. Fregen Verstöße gegen die §§ 130, 131 und 186. Der Staatsanwalt hielt trotz der geringfügigen Vorstrafe des Angeklagten eine empfindliche Strafe für geboten, da das Vorgehen des Angeklagten außerordentlich gefährlich sei und durch solche Hetzartikel großer Unheil für die Allgemeinheit entstehen könne, da diese Artikel nicht auf Ältere, reife Leser, sondern auf jugendliche Köpfe wirken sollen, die sich verleiten lassen könnten, die darin gegebenen Lehren in die Tat umzusetzen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht ging davon aus, daß der Anarchismus nicht bei einer passiven Haltung stehen bleiben, sondern zu aktiven Handlungen übergehen will, das heißt zu Handlungen gegen die Gesetze. Ein Blatt, das unter dem Motto erscheint „Die Lust zur Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust" könne dem Redakteur von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß er unter Respektierung der bestehenden Gesetze nicht tätig sein kann. Der Gerichtshof hat in allen inkriminierten Artikeln das Vorhandensein strafbarer Handlungen im Sinne der Anklage festgestellt, mit Ausnahme des Artikels Syndikalismus und Anarchismus. In den Artikeln werden nicht Streitfragen theoretisch erörtert, sondern zur Tat durch den Generalstreik, den ökonomischen Terror und die Bombe aufgefordert. Das Vorgehen solcher Blätter, welche den bestehenden Gesetzen direkt zuwiderhandeln und den Terror offen empfehlen, berge eine große allgemeine Gefahr in sich, und deshalb habe der Gerichtshof den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

th. **Lärmende Auftritte vor Gerichtshöfen**, die durch sogenannte „wilde Männer" hervorgerufen werden, häufen sich jetzt derartig, daß die in den Gerichtssälen tätigen Gerichtsdiener oft in eine sehr schwierige Lage geraten. Die 3. Strafkammer des Landgerichts I kam heute in die Lage, gegen einen solchen Störenfried hinter einander fünf Ungebührstrafen zu verhängen. Auf der Angeklagtenbank saßen die Arbeiter Peter Conrad und Willi. Conrad nebst drei der Oeffentlichkeit bisher unbekannten Personen. Die beiden Letzteren hatten als „Unternehmer" an vielen Bodenbesitzfällen teilgenommen, die vorzugsweise im Osten Berlins, aber auch in anderen Stadtteilen zur Meldung kamen. Sie sind Mitte November in Haft genommen worden. Schon bei Beginn der Verhandlung lieferte Willi. Conrad sehr ungebührlich, wie er sich denn auch schon im Untersuchungsgefängnis durch Ungebühr Arreststrafen zugezogen hatte. Als er von Vorsitzenden über die unter Anklage stehenden Taten befragt wurde, gab er so schnodrige Antworten, daß der Vorsitzende ihn ernstlich zur Ruhe anweisen mußte. Es half aber nichts; so verhängte der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts über den Angeklagten eine Ungebührstrafe von drei Tagen Haft. Der Angeklagte lärmte aber weiter, und es wurde zum zweiten und dritten Male die gleiche Strafe von je drei Tagen Haft ausgesprochen. Um weitere Störungen zu verhindern, mußte ein Gerichtsdiener hinter dem Angeklagten Platz nehmen, und noch einige Gerichtsdiener wurden bereitstiert. Nun verlief die Verhandlung kurze Zeit in Ruhe, dann gefiel sich der Angeklagte wieder in frechen Redensarten. Der Gerichtshof kam nun zweimal in die Lage, zu schärferen Maßregeln zu greifen. Zunächst wurde über den Radauhelden eine Ordnungsstrafe von 1 Woche Arrest (Dunkelzelle bei Wasser und Brot) verhängt. Dies schien zu helfen. Als dann aber der Gerichtshof statt der vom Staatsanwalt beantragten 3 Jahre Zuchthaus eine Zuchthausstrafe von je 5 Jahren über die beiden Conrad aussprach, ging der Angeklagte abermals ganz aus dem Häuschen und gefiel sich zudem noch in frechen Redensarten. Die Folgen bei Lorgan, und der 1871 in Kowalzig in Kreis Rosenberg, geborene Werkmeister Friedrich Mierendorf. Die Angeklagten haben sämtlich zuletzt in Berlin gewohnt. — Der Hochverratsprozeß gegen den Redakteur des Freien Arbeiters Oestreicher findet vor demselben Gerichtshofe am 27. Februar statt.

* **Leipzig.** Ein Spionageprozeß findet vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts am 7. Februar statt. Angeklagt sind der 23 Jahre alte Kaufmann Adolf Haverländer, geb. in Uibergeld, der Maschinist Karl H. Niemann, geb. 1879 in Belgern bei Torgau, und der 1871 in Kowalzig in Westpreußen geborene Werkmeister Friedrich Mierendorf. Die Angeklagten haben sämtlich zuletzt in Berlin gewohnt. — Der Hochverratsprozeß gegen den Redakteur des Freien Arbeiters Oestreicher findet vor demselben Gerichtshofe am 27. Februar statt.

Verein für Eisenbahnkunde.

In der Sitzung am 14. Januar, die unter dem Vorsitz des Wirkl. Geh. Rats Dr.-Ing. Schroeder stattfand, sprach der Betriebsdirektor a. D. Liebmann aus Magdeburg über die Kriwaja-Waldbahn in Bosnien. In Bosnien bestehen acht mit Lokomotiven betriebene, schmalspurige Waldbahnen von teilweise sehr großer Ausdehnung — eine von 178 Kilom., eine andere von 156 Kilom. Länge —, deren Aufgabe es ist, das Holz aus den ausgedehnten fiskalischen Waldungen nach den Stapel- und Verarbeitungsstellen zu schaffen, die an der das Land durchziehenden auch schmalspurigen Staatsbahnlinie liegen. Obgleich es sich demnach um Bahnen handelt, die lediglich den einen Zwecken der einheimischen Forstindustrie dienen, so sind sie doch, wie der Vortragende in anregender Weise zeigte, für weitere Kreise von Interesse wegen der großen Schwierigkeiten, die sich in dem überwiegend gebirgigen Lande dem Bau und dem Betrieb entgegenstellen und wegen der sehr anschaulichen Betriebseinrichtungen, die diese Schmalspurbahnen unter ungünstigen und eigenartigen Umständen zu vollziehen haben. Ihre Bedeutung für das Okkupationsgebiet ergibt sich daraus, daß 38½ pCt. aller von den bosnisch-herzegowinischen Staatsbahnen im letzten Jahre beförderten Güter auf die Holzausfuhr, die sich in der Hauptsache nach Italien und Afrika wendet, entfallen. Von den Schwierigkeiten des Baues, die durch den fast völligen Mangel an Zufuhrwegen gesteigert werden, gab eine Anzahl guter Lichtbilder Aufschluß, die sich hauptsächlich auf eine dieser Bahnen — die 120 Kilom. lange Kriwaja-Waldbahn — bezogen. Ebenso wie der Bau verursachte erhebliche Kosten auch die Unterhaltung der Bahn. Dafür sorgen bisher auf 1 Kilometer Bahnlänge etwa 630 ℳ jährlich, d. h. auf 1 Kubikm. geförderten Nutzholzes etwa 26 ₰ aufwenden. Während für das Kubikmeter Holz am Stamme an den Staat durchschnittlich 1,30 ℳ zu zahlen ist, stellen sich die Zufuhrkosten bis an die Waldbahn heran auf 3,75 ℳ, die Beförderung mit dieser auf 1,45 ℳ, so daß einschließlich sonstiger Unkosten das Kubikmeter Holz bis zur Ankunft in den Stapel- und Verwendungsstellen rund 7 ℳ kostet. Die an diesen Stellen angelegten Sägewerke, von denen die zwei größten sich im Besitze von Schweizerhäusern befinden, sind beachtenswerte Großbetriebe. In dem einen arbeiten allein 16 bis 20 große Gatter Tag und Nacht, um täglich etwa 1400 Kubikm. Holz in Bretter zu zerschneiden. Bekannt man, daß 1 Kubikm. Schnittholz hier etwa 50 ℳ im Durchschnitt kostet, so kann man versehen, daß es lohnend ist, bedeutende Summen für die Anlage von Gebirgs